

Fürsorgerische Zwangsmassnahmen. Risse rasch kitten.

Kommentar von Markus Hofmann auf Neue Zürcher Zeitung online, 10. Juni 2014

URL: <http://www.nzz.ch/meinung/kommentare/risse-rasch-kitten-1.18319048>

(Stand 10. Juni 2014, 15.57 Uhr)

Fürsorgerische Zwangsmassnahmen

Risse rasch kitten

Markus Hofmann

10. Juni 2014, 15.22

Noch am Freitag hat nichts auf eine eidgenössische Verstimmung hingewiesen. Luzius Mader, stellvertretender Direktor des Bundesamtes für Justiz, konnte gute Nachrichten überbringen. In seiner Funktion als Delegierter für die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen teilte er mit, dass die Arbeiten am runden Tisch plangemäss vorangingen. Bald werde der Schlussbericht veröffentlicht. Doch am Montag verliess ein wichtiger Teilnehmer den runden Tisch unter Protest. Der Vertreter der ehemaligen Verdingkinder akzeptiert den Delegierten des Bundes nicht länger als Gesprächsleiter. Der runde Tisch wackelt.

Bundesrätin Simonetta Sommaruga hatte das Gremium letztes Jahr ins Leben gerufen. Es soll Vorschläge ausarbeiten, wie mit den Opfern früherer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und Fremdplacierungen umgegangen werden soll. Bis in die 1980er Jahre waren Tausende von Menschen in der Schweiz in Heime gesteckt, verdingt, zwangssterilisiert oder im Rahmen «administrativer Massnahmen» weggesperrt worden. Der runde Tisch nimmt bei der Aufarbeitung dieser traurigen Geschichte eine wichtige Funktion ein: Dort kommen die Opfer zur Sprache, dort sollen ihre Anliegen ernst genommen werden. Gleichzeitig sitzen am selben Tisch auch Vertreter der ehemaligen Täter aus staatlichen Behörden, Heimen sowie Bauern- und Kirchenorganisationen.

Diese Konstellation bedingt eine umsichtige Moderation der Gespräche sowie eine unabhängige Position des Delegierten. Er sollte den Opfern gegenüber Empathie entgegenbringen, gleichzeitig aber die verschiedenen Interessen sorgfältig abwägen

können. Ursprünglich hatte alt Ständerat Hansruedi Stadler diese Aufgabe versehen. Doch der konziliante Anwalt aus Altdorf legte das Amt wegen Überlastung bald nieder. An seine Stelle trat Luzius Mader – und damit ein Vertreter des Staates: eines Staates, der selber in die Geschichte, die nun aufgearbeitet wird, verwickelt war.

Unabhängig davon, wie der hohe Justizbeamte seine Aufgabe als Delegierter versteht: Ideal ist es nicht, wenn der Vertreter einer betroffenen Behörde am runden Tisch diesen gleichzeitig auch leitet. Bundesrätin Sommaruga hatte vor einem Jahr mit ihrer offiziellen Entschuldigung bei den Opfern ein starkes Zeichen gesetzt. Sie sollte weiterhin alles dafür tun, dass mit der Bewältigung der damaligen düsteren Sozialpolitik ein positives Geschichtskapitel geschrieben wird.

MEHR ZUM THEMA

- Fürsorgerische Zwangsmassnahmen

Entschädigung für Opfer gefordert

12. Juni 2013, 06:00

- Elementare Grundrechte verletzt

«Administrativ Versorgte» sollen rehabilitiert werden

4. Dezember 2013, 14:05

- Opfer administrativer Zwangsmassnahmen

Wiedergutmachungs-Initiative lanciert

Montag, 31. März, 10:17

- Opfer administrativer Zwangsmassnahmen

500 Millionen Franken für Wiedergutmachung

Dienstag, 1. April